

Inland.

Berlin, den 11. Juli. Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert ist aus Schleswig-Holstein hierher zurückgekehrt. — Der Generalmajor und Commandeur der 6. Landwehr-Brigade, v. Webern, ist nach Angermünde abgereist.

Gesetz, betreffend den mit der Anstellung oder Beförderung im Staatsdienste verbundenen Verlust der Mitgliedschaft in der zur Vereinbarung der Preussischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. verordnen auf den Antrag der zur Vereinbarung der Preussischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung, nach Anhörung Unseres Staats-Ministeriums was folgt: „Durch die Annahme eines besoldeten Staats-Amtes oder einer Beförderung im Staatsdienste verliert jedes Mitglied der zur Vereinbarung der Preussischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung Sitz und Stimme in derselben und kann seine Stelle nur durch eine neue Wahl wieder erlangen.“ Urkundlich unter Unserer höchstehändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Inseigel.

Gegeben Sanssouci, den 7. Juli 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(contr.) von Auerswald. Hansemann. von Schreckenstein. Wilde. Märker. Giercke. Kühlwetter.

Posen, den 12. Juli.

Noch klingt überall heller Jubel über den ersten Schritt, den Deutschland zu seiner Einigung gethan, noch freut man sich in der Hoffnung der besser werdenden Zeit, da tönt ein greller Miston in die festlich erregten Gemüther, und belehrt die, die da gläubig waren, wie trügerisch ihre Zuversicht, und diejenigen, welche in froher Gewisheit Siegeslieder sangen, daß noch nichts ferner sei als ein Sieg. Denn der Erbfeind aller Deutschen Größe, das Sondergelüste, das wir todesgetroffen glaubten und starken Widerstands nicht mehr fähig, regt sich mit alter Macht, und tritt in dem Augenblick, in dem allseitige reinste Hingebung an die Sache des Vaterlands zu erwarten ist, mit den erschreckendsten Ansprüchen auf; und wahrlich, fast erscheint nichts notwendiger als diese Schäden am Deutschen Körper offen aufzudecken, und bevor das schleichende Uebel verzehrend um sich greift, es mit kühnem Muth und fester Hand zu heilen. Denn vor Allem thut Deutschland mehr als je jetzt Klarheit und Entschiedenheit Noth, und es ist besser, einen Kampf, der doch einmal unvermeidlich ist, herauszufordern, als sich in den trügerischen Wahn eines Friedens hineinzuleben, um dann grausam getäuscht und unvorbereitet aufgestört zu werden.

Kein Deutsches Gebiet hat in unserer Neuzeit eine zweideutigere Rolle als Hannover gespielt, denn von Anfang an sprach sich gegen den allgemeinen Willen dort jener Trog der Verwaltung aus, der in einer Reihe von Separatnoten und Protokollen, Erklärungen und Deklarationen, den Willen der Nation absichtlich mißzuverstehen und zu verfälschen bemüht war. Wer kennt nicht jene Mittheilung des sogenannten freistündigen Ministers Stüve an die Stände über den Beruf der National-Versammlung zur allgemeinen Deutschen Verfassung, in der dem Parlament förmlich der Boden unter seinen Füßen abgeleugnet wurde, und wer weiß nicht, wie derselbe Minister mit diplomatischer Gewandtheit seine frühere Rede Lügen strafte, als ein mächtiger Sturm im Lande selbst und in der ganzen Deutschen Presse gegen diese Cabinets-Sophistik sich erhob? Wem ist das Betragen Hannovers in dem Schleswig-Holsteinischen Kampfe unbekannt, wo das Ministerium den freundlichen Zwischenträger zwischen England und Dänemark abgab, die „freundnachbarliche“ Vermittelung des englischen Gesandten wegen Aufhebung des Embargo in Anspruch nahm, heimliche Noten schrieb, statt offen seiner Bundespflicht zu genügen; von der Jury der Nation des Reichs-verraths verurtheilt, und höchstens im hohen Bundes-Rath wegen mangelnder Beweise freigesprochen? In der That, ging es Hannover irgend um seine Ehrenrettung, so war das freieste Bekennen dieser Fehler und das freieste Hingeben an Deutschland jetzt erforderlich: Hannover hätte es sich förmlich zur Aufgabe machen müssen, bei jeder Gelegenheit dem Willen der Nation entgegenzukommen, und ihm unumwunden zu genügen. — Statt dessen giebt das „Königlich Hannoverische Gesamt-Ministerium“ am 7. Juli der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreichs eine Erklärung ab, die den Einblick in die Politik gestattet, zu der man sich jetzt dort ohne alle Scheu bekennt.

Nachdem in dieser Erklärung mitgetheilt wird, daß „die Persönlichkeit des erhabenen Fürsten (Johann) geeignet ist, das Vertrauen der Fürsten wie der Völker Deutschlands auf sich zu lenken“, heißt es, daß „Seine Majestät der König Ihre Zustimmung zu dieser Wahl zu erklären und dieselbe als ein höchst günstiges Ereigniß in der gegenwärtigen verhängnißvollen Zeit zu begrüßen keinen Augenblick Anstand genommen.“

Sodann heißt es weiter: „Inzwischen haben Seine Majestät Sich bewogen gefunden, in Beziehung auf diese hochwichtige Angelegenheit den löblichen Ständen folgende Mittheilungen machen zu lassen. Seine Majestät haben die gebieterische Nothwendigkeit erkannt, der Verfassung Deutschlands eine größere Kraft und Einheit zu verleihen, daher Ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Verfassung durch eine Vertretung des Volkes am Bunde vervollständigt werde, und sich zu Opfern für die Erreichung des Zweckes einer größeren Einheit und Kraft gern bereit erklärt.“

Allein Se. Majestät hegen auch die unwandelbare Ueberzeugung, daß der gesammte Zustand Deutschlands die Herstellung einer solchen Central-Regierung, welche auch die inneren Angelegenheiten des Landes ordnen und die Fürsten lediglich als Untergebene eines anderen Monarchen erscheinen lassen würde, nicht zulasse, und daß so wenig das Wohl und die Freiheit der Völker, als ihre eigene fürstliche Ehre es gestatten würde, einer Verfassung ihre Zustimmung zu geben, welche der Selbstständigkeit der Staaten Deutschlands nicht die notwendige Geltung sicherte.

Unter diesen Umständen sind Se. Majestät zwar entschlossen, auf der

einen Seite dem wahren Wohle des Landes alle Opfer zu bringen; auf der anderen Seite aber würden Sie, falls die geforderten Beschränkungen der Selbstständigkeit über dasjenige Maaß hinausgingen, welches die Pflichten gegen das Allerhöchsthöhen von Gott anvertraute Land und Ihre eigene Ehre bezeichnen, lieber das Aeußerste ertragen, als zu Maßregeln die Hand bieten, welche Pflicht und Ehre als verwerflich darstellen würden.

Se. Majestät haben daher die Unterzeichneten beauftragt, bei der Verhandlung über die Verfassung Deutschlands und insbesondere auch rücksichtlich der dem Erzherzog Johann anzuvertrauenden provisorischen Centralgewalt auf alle geeignete Weise dahin zu wirken, daß jene Verfassung und insbesondere die künftige Stellung des Reichsverwesers mit der Selbstständigkeit des Königreichs in dem angedeuteten Sinne vereinbar sei.

Zugleich aber haben Allerhöchstdieselben auch erklärt, daß, falls diese Verhandlungen zu einem günstigen Resultate nicht führen, vielmehr die Beschränkung der Selbstständigkeit des Königreichs über diejenige Gränze, welche Seine Majestät Sich stellen zu müssen geglaubt haben, hinausgehen würde, Seine Majestät Sich nicht verpflichtet erachten könne, in einer Stellung zu beharren, welche alsdann in Ihren Augen jede Möglichkeit, das Wohl des Landes zu fördern, abschneiden würde.“

Was soll man zu dieser Erklärung sagen, die die Gegenwart offen verleugnet, und auf einen Standpunkt zurückführt, den man in Deutschland endlich überwunden glaubte, die noch von „einer Vertretung des Volkes am Bunde“ spricht, an dem Bunde, der nach dem Ausspruch der National-Versammlung zu sein aufgehört hat, die jede fernere Selbstständigkeit des hannoverschen Landes vor Allem gewahrt wissen will, die verspricht, daß: falls die betreffenden Verhandlungen zu einem günstigen Resultate nicht führen, „vielmehr die Beschränkung der Selbstständigkeit des Königreichs über diejenige Gränze, welche Se. Majestät Sich stellen zu müssen geglaubt habe, hinausgehen würde, Se. Majestät Sich nicht verpflichtet erachten könne, in einer Stellung zu verharren, welche alsdann in Ihren Augen jede Möglichkeit, das Wohl des Landes zu befördern, abschneiden würde.“

Wir glauben, Hannover wird diese Erklärung desavouiren; es wäre nicht das erste Mal, daß es im laufenden Jahre dazu genöthigt worden. Der englische Prinz auf dem hannoverschen Thron, der so kühn am Anfang sein Haupt gehoben und vor wenigen Monaten einer Deputation der Städte erklärt hat, eine „Vertretung des Volks am Bunde“ sei rein unmöglich, hat nachgegeben, und erkennt diese Vertretung jetzt schon an. Er wird hoffentlich auch noch die Souveränität der Nation im Frankfurter Parlament anerkennen, wenn die Umstände es erfordern werden. Die gebieterische Nothwendigkeit ist da, und die Mittel zur Ausführung fehlen nicht.

Denn gegen renitente Bundesgebiete wird der Reichsverweser die Reichs-execution verhängen.

* Posen, den 11. Juli. Wir wollen die Aufmerksamkeit unserer Leser auf eine Erklärung des Deutschen Vereins in Leipzig hinlenken, die derselbe als seit politisches Glaubensbekenntniß veröffentlicht hat. Die vielfachen Begriffsverwirrungen über staatliche Verhältnisse, welche in unserer aufgeregten Zeit so häufig anzutreffen sind, die von der anarchischen Partei mit so vielem Vortheil zu ihren Gunsten ausgebeutet werden, haben diese Erklärung hervorgerufen, der allgemeine Zustimmung und eine recht weite Verbreitung wohl zu wünschen ist.

Das Deutsche Volk hat die Fesseln schimpflicher Bevormundung, die 33 Jahre auf ihm gelastet haben, in wenigen Wochen gesprengt; mit aufbrausendem Zorne wurden die so lange vorenthaltenen Güter gefordert, und es wurde jede andere Rücksicht als kleinlich bei Seite geschoben, um für ganz Deutschland Einheit, Freiheit und Kraft zu erringen. Aber dieser Zorn nahm nicht seine zerstörende Richtung gegen die bestehenden Fürstenhäuser. Das ist eine politische Thatsache, die wir anzuerkennen haben, und so wenig Gewicht wir den Schulerörterungen derer, die aus Theorie Republikaner sind, beilegen können, so wenig können wir auch das Verfahren derjenigen billigen, die immer wieder und wieder die zerbrochenen Fesseln vom Boden erheben, um mit ihrem Klirren das Volk zu neuer Erbitterung aufzustacheln. Es ist wahr, die Ungerechtigkeit und Treulosigkeit des Weiteren Systems, das zum Theil nicht weniger drückend auf den schwachen Deutschen Regierungen als auf dem Volke lastete, hat uns mit Ingrimm erfüllt. Wollten wir aber, nachdem das System gestürzt ist, in diesem Ingrimm fortwühlen und Ungerechtigkeit mit Ungerechtigkeit, Treulosigkeit mit Treulosigkeit erwidern, so möchte uns das weniger Ruhm, und dem Vaterlande weniger Nutzen bringen, als wenn wir nach der Aufwählung des Zornes der Besonnenheit und Gerechtigkeit Raum zu geben wissen, und jeder an seinem Theile an dem edlen Werke bauen helfen, das nicht durch Zwiespalt, sondern nur durch einträchtiges Zusammenwirken gefördert werden kann. Wir können auch nicht zugeben, daß wir deshalb, weil wir mit Besonnenheit zu handeln wünschen, einen Mangel an Freiheitsliebe zeigten oder im Fortschritt hinter irgend Jemand zurückzubleiben fürchten müßten. Vielmehr leben wir der Ueberzeugung, daß der Zeit des Umsturzes eine Zeit des Aufschwunges folgen müsse, und halten daher diejenigen für die Zurückbleibenden, die nur dem gestürzten System nachzujagen wissen, und sich in seine Fesseln so verbissen haben, daß sie unfähig geworden sind, ihre Blicke vorwärts zu richten.

Aber freilich wollen wir nicht Allem anhängen, wozu der Name der Freiheit mißbraucht wird. Wir trennen uns mit Entschiedenheit von einer Partei, die eine jede Handhabung der Gesetze, jede Bekämpfung des Faustrechts als Volksverrath bezeichnet, und welche den Ausdruck Vaterlandsverrath absichtlich abgeschafft zu haben scheint, weil sie nicht gern in ihrem Liebäugeln mit Polen und Franzosen gestört werden möchte. Auch wir wollen keine Ungerechtigkeit gegen Nachbarvölker, aber wir wollen doch zuerst gegen unser eignes Volk und Land gerecht sein. Wir glauben nicht, daß die Vaterlandsliebe mit vielem Andern in die Rumpelkammer zu werfen sei, wir würden vielmehr fürchten, daß Deutschland zu Grunde gehen müßte, wenn sie in ihm erloschen sein sollte. Hof-

fentlich wird ja auch die Bestimmung solcher Leute selten sein, die im Auslande ihr Vaterland geschmäht haben, und die nun in Frankfurt einen Sitz zu finden mußten, um mit dem traurigen Versuch aufzutreten, einen widerlichen Deutsch-Französisch-Polnischen Brei anzurühren.

Wir haben uns zu den Forderungen bekannt, welche überall in Deutschland gestellt worden sind, aber wir wissen zu würdigen, was noch gethan werden muß, bis wir sie erfüllt sehen. Nur die Pressefreiheit und das Versammlungsrecht sind ins Leben geführt worden, wiewohl noch ohne diejenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche die Bürger gegen etwaige Uebergriffe einer gewaltthätigen Partei schützen müssen. Die Gewährung aller übrigen Forderungen steht bis jetzt nur auf dem Papiere. Noch ist der Bundesstaat nicht einig und stark, noch haben wir keine Geschworenengerichte, kein allgemeines Deutsches Staatsbürgerrecht, noch sind Zolllinien aufzuheben, Einheit in Münze, Maas und Gewicht herzustellen, eine Deutsche Flotte zu schaffen, noch ist die Kirche nicht unabhängig vom Staate, die Mittel der Bildung stehen noch nicht Allen zu Gebote, und für das Wohl aller Bürger, und besonders der Arbeiter, ist noch außerordentlich viel zu thun. Jetzt hat Deutschland die Wahl, ob es mit Anstrengung aller Kräfte diese wichtigen Güter erringt, oder ob es sie hintenansetzen will, um in dauernder Aufregung der Wuth der Parteien zu verfallen, und sich in Bürgerkriegen zu zerschneiden. Wir wünschen im Anschluß an die aus der Revolution hervorgegangenen Deutschen Regierungen zu politischen Rechten und Freiheiten zu gelangen, denen wir einen höheren Werth beilegen, als dem Namen Republik. Wir ziehen dem leeren Namen republikanische Einrichtungen vor, wie sie das freie und mächtige England hat. Nur darin soll sich der politische Bau, an welchem das ganze Deutschland jetzt arbeitet, von dem Englischen unterscheiden, daß Bildung, Wohlstand und politische Berechtigung nicht einzelnen Klassen der Gesellschaft zu Gute kommen soll, sondern Jedem im Volke, der Reizung und Fähigkeit hat, sich daran zu betheiligen.

Wir laufen nun keine Gefahr, wenn wir den neuen Regierungen Vertrauen beweisen; denn wenn man unser Vertrauen wirklich täuschen wollte, so würde der einmüthig erklärte Wille des ganzen Deutschen Volkes das nicht zulassen. Unser Vertrauen soll kein blindes sein, wir wollen vielmehr wachsam und thätig alle Schritte der Regierungen begleiten; aber wir müssen uns auch sagen, daß ein blindes Mißtrauen alle Thätigkeit im Keime ersticken würde.

Wir sprechen daher besonders in Beziehung auf das große Verfassungswerk in Frankfurt die Hoffnung aus, daß man von den Errungenschaften der Revolution Nichts Preis geben, und daß es der Deutschen Nationalversammlung, die aus den Wahlen des ganzen Deutschen Volkes hervorgegangen ist, gelingen werde, Deutschlands Einheit und politische Freiheit zu begründen, und daß die dem großen Werke den Bestand sichernde Vereinbarung mit den Regierungen nicht fehlen möge.

So hoffen wir ein großes und erhabenes Ziel der Deutschen Revolution zu erreichen; aber wir können nicht zugeben, daß sie selbst das Ziel sei, und wir sind entschlossen, denen, welche zum Schaden des Vaterlandes aus der Revolution einen dauernden Zustand zu machen beabsichtigen, entschieden und mit allen Kräften entgegenzutreten.

Mit gleicher Entschiedenheit verwahren wir uns gegen die nicht selten zu Tage kommende falsche Auffassung der Volksouveränität. Wir wissen, daß diese nur im ganzen Volke ruhe, und daß sie nur durch den gesetzmäßig ausgesprochenen Willen des ganzen Volkes auf irgend einen kleineren Theil desselben übertragen werden könne. So wenig wir daher die einseitige Ausübung dieser Souveränität für uns in Anspruch nehmen, so wenig können wir sie irgend einem andern Verein oder irgend einer nicht vom ganzen Volke bevollmächtigten politischen Partei zugestehen, und halten es für unsere Aufgabe, solche tyrannische Anmaßungen abzuwehren.

Berlin, den 10. Juli. Als im vergangenen Herbst und Winter die asiatische Cholera, vom Süden Rußlands ausgehend und nordwärts fortschreitend, sich durch den größten Theil des europäischen Rußlands verbreitete, haben die preussischen oberen Medizinal-Behörden den Gang dieser Epidemie mit ununterbrochener Aufmerksamkeit verfolgt. Schon im November v. J. wurde deshalb Seitens des Ministeriums der Medizinal-Angelegenheiten der Theil des Reglements über das Verfahren bei ansteckenden Krankheiten vom 28. Oktober 1835, welcher sich auf die Cholera bezieht, einer Revision unterworfen und bei der Königs Majestät die Aufhebung einiger Vorschriften des gedachten Reglements beantragt, welche die Erfahrung als nicht völlig zweckmäßig oder überflüssig erwiesen hat. Nach erfolgter königlicher Genehmigung wurden die Regierungen der Provinzen, in denen das Auftreten der Cholera am ersten erwartet werden durfte, von diesen Abänderungen in Kenntniß gesetzt und zur pünktlichen Ausführung der Vorschriften des Reglements angewiesen. Nachdem am 8. v. M. die Cholera nun auch in St. Petersburg ausgebrochen und im Süden bis Bucharest vorgebrungen ist, wird die bereits erfolgte Anweisung der betreffenden Regierungs-Behörden wiederholt und denselben zur Pflicht gemacht werden, der Ausführung der in Betreff des Verfahrens bei dieser Krankheit verordneten und noch heute für vollkommen ausreichend und zweckmäßig erachtete Maßregeln ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen.

Wir eilen, unsern Lesern folgende wichtige uns aus sehr sicherer Quelle zugehende Nachricht mitzutheilen: es ist eine telegraphische Depesche nach Antwerpen abgegangen, worin dem dortigen Consul Herrn Philippborn aufgegeben wird, sich Angesichts der Depesche unverzüglich als preussischer Consul nach Kopenhagen zu begeben, da der Waffenstillstand dänischer Seits ratificirt sei. Es soll dies unter englischer Garantie geschehen und sogar ein Friedensabluß unter sehr befriedigenden Bedingungen in Aussicht gestellt sein. (Voss. Ztg.)

Berlin, den 10. Juli. Unbestreitbar günstig stellt sich nach und nach der von den Pariser Junitagen auf unsere Zustände geübte Eindruck heraus. Die Regierung läßt die fürchtbare Unterweisung nicht ungenutzt, und giebt, indem sie mit Ernst das Steuer ergreift, ihrer moralischen und gesetzlichen Verantwortlichkeit zum Besten der Ordnung um so entschiedener nach, je mehr der Widerstand, der lange Zeit jeder energischen Maßregel von vorn herein entgegentrat, durch dieselben Ereignisse erschüttert worden ist, denn dem Bürger, der

bisher im Bannkreis der neu aufgetauchten, ihm unerhörten und daher für seine Unerfahrenheit so gefährlichen Staatsweisheit festgehalten, ohne Ahnung von den ihm selber Untergang bringenden Konsequenzen, die wirksamste Bundesgenossenschaft der Anarchisten gebildet hatte, ihm ist plötzlich die Binde von den Augen gerissen und die trostlose Aussicht nach dem Schlangenthale eröffnet, in das ihn seine politischen Meister zu führen beabsichtigen; seine Opposition wird in dem Maße heilsam, als sie vernünftig wird. Nicht minder zeigt sich auch der Proletarier abgekühlt, er findet sich von dem Gefühl einer Niederlage durchdrungen, die Kampflust ist ihm vergangen, und das Mißtrauen gegen seine Führer paart sich mit dem Bewußtsein des Unglücks, in das seine Standesgenossen zu Paris durch sie gestürzt worden sind. Endlich hat die Coterie der Universitätslehrer selbst durch den Ausgang jenes blutigen Streites ihren vorzüglichsten Rückhalt eingebüßt. Greift schon jeder Sieg des Gesetzes ihr Lebensprinzip tödlich an, wie gefährlich muß er für sie sein, wenn er in Paris und das so entschieden ersehnt wird. Zwar hat auch hierbei ihr Jesuitismus den Ausweg gefunden, und sie gelehrt, mit dem Ausruf: „die Republik hat gefestigt“ eine Schluppe in einen Vortheil zu metamorphosiren, allein das Triumpfschrei blieb ihnen vor der Gewisheit in der Kehle stecken, daß in Frankreich das Gesetz die Oberhand behalten, und daß diejenige Form der Republik, wie sie sich dort zur Geltung gebracht, ihren Gelüsten noch weniger Spielraum zu lassen geeignet sei, als die konstitutionelle Monarchie.

Neben diesen Stimmungen und zum Theil von ihnen durchdrungen und modificirt treten auch die Wirkungen der Frankfurter Wahl auf die Gemüther hervor. Daß die Reichsverweserschaft einem Oesterreichischen Prinzen zugewiesen und somit Oesterreich an die Spitze Deutschlands gestellt worden ist, hat zunächst das Preussenthum, natürlich und verzeihlich zugleich, etwas herb berühren müssen. Wir sind fern, die aus dieser Quelle, in den ersten Tagen mit besonderer Stärke, hervorgetretenen Regungen zu verdammen, halten sie vielmehr für einen erfreulichen Beweis von der Selbstständigkeit des Preussischen Volksgesistes, der, eben deshalb seine höhere Aufgabe zu erfassen tauglich, mit Freuden seine volle Kraft dem Deutschen Vaterlande widmen wird. Mehr als das Preussenthum fühlte sich der Berlinismus verletzt und gefährdet, sein Glanz schien vor der neuen Wiener Hoheit erleiden zu müssen. „Berlin wird eine Provinzialstadt“ sagte man sich mit bekümmerten Mienen. Bald aber erinnerte man sich, daß es freilich dahin kommen müßte, wenn unsere Republikaner das Spiel gewinnen würden, und diese Betrachtung rief manch begängenes Unrecht lebhaft vor die Seelen, und hat, ich müßte mich denn sehr irren, wieder freundlichere Blicke nach Potsdam hinüber geleitet. — Für unsere Radikalen aber war die ausgesprochene Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers ein erwünschter Anlaß, die Lärmtrommel aufs Neue zu rühren. Vorgestern Abend veranstalteten sie wieder einmal eine Volksversammlung vor den Zelten. Da lehrten die Champions der Anarchie und des ergiebigen Polenthums in stiller Erinnerung jeder Bannerinschriften: pillage et prostitution von „Jugend“ und von der Einheit Deutschlands und nannten in demselben Athem den unverantwortlichen Reichsverweser einen Schurken. Die tugendhaften Zuhörer schrien Bravo! und gingen heim, zu schlafen.

N. S. Unser neuer Polizeipräsident, Herr v. Bardeleben, macht heute bekannt, daß wer künftighin ohne Erlaubniß der Behörden eine Volksversammlung unter freiem Himmel zusammenberuft, oder als Sprecher, oder Redner sich dabei betheiltigt, in eine Geldbuße von 5 bis 50 Thaler, oder in eine verhältnismäßige Gefängnißstrafe verfallen wird. Er stützt sich dabei auf die gesetzliche Bestimmung vom 20. April d. J.

†† Berlin, den 11. Juli. Norddeutsche Blätter berichteten seit acht Tagen über einen Friedensschluß mit Dänemark, ohne daß im Staatsanzeiger bis jetzt auch nur ein Wort über diese hochwichtige Angelegenheit zu lesen war. Nach der Weser-Ztg. ist ein Vermittelungs-Vorschlag Rußlands angenommen, das sich mit auffälliger Freundlichkeit in die Verhandlungen gedrängt hat, der „Lübecker Correspondent“ berichtet aus Kopenhagen vom 5., daß den am 1. in Kalmö zum Abschluß gekommenen Unterhandlungen „zur Erzielung eines Waffenstillstands“ ein neuer Vorschlag Englands zu Grunde gelegt worden sei. Die 6 ersten Bedingungen dieses Waffenstillstands sind günstig, dagegen giebt die ad 7: „der Landesherr solle sich während des Waffenstillstands entscheiden, ob er lieber das Herzogthum Schleswig ungetheilt und außerhalb des Deutschen Bundes, jedoch mit Holstein durch eine gemeinsame Stände-Versammlung und Verwaltung verbunden sehen, oder ob er lieber dasselbe theilen und den nördlichen Theil in Dänemark einverleiben, den südlichen Theil aber, verbunden mit Holstein, dem Deutschen Bunde beitreten und der Erbfolge des Mannstammes anheimfallen lassen wolle“ zu ernstern Besorgnissen Raum. Dazu also ist der dreimonatliche Krieg geführt worden, um die Entscheidung über Schleswig in die Hände des Dänenkönigs zu legen? Dazu bedurfte es des Aufgebots von Macht, dazu bedurfte es der mühevollen Anstrengungen des vereinigten Deutschlands? Man sieht, wie die fremde Diplomatie den Sieg wieder davontragen wird, denn der Engländer und Rußland scheinen hier die Entscheidung zu haben, und von einer machtvollen Vertretung des Deutschen Interesses scheint gar keine Rede zu sein. In diesem ganzen Kriege fehlte die freudige Stimmung, denn man sah die Kraft des Oberfeldherrn gelähmt durch Instruktionen, die wieder einmal die leidige Rücksicht auf die Fremde diktiert hatte und nicht das Vertrauen in die eigene Macht, man sah die Zaghaftigkeit unserer Vertreter, die statt Forderungen eher Bitten zu stellen schienen, den schleppenden Gang der Verhandlungen, die Deutschland mit einem Nachwort hätte beenden können. Wie dringend Noth thut uns doch eine diplomatische Vertretung Deutschlands und nicht der einzelnen Länder. In diesem „glorreichen Feldzug“ haben wir es gesehen.

— Die Köln. Z. bringt aus Berlin als zuverlässige Nachricht, daß künftighin Preußen und Oesterreich durch Gesandte bei der Deutschen Centralgewalt vertreten sein werden, daß dieselben aber neben dem Deutschen Gesandten in Paris und bei den übrigen Höfen auch ihre eigene Vertretung haben wollen, so daß neben dem Deutschen auch ein Preussischer, Oesterreichischer etc. Gesandter in allen Hauptstädten anzutreffen sein wird.

Breslau den 10. Juli. Erzherzog Johann langte gestern früh 7 Uhr mit dem Nachtrain der Nordbahn an Schlestens Grenze, in Oderberg, an. Da die Verbindungsbahn zwischen der Nord- und Wilhelmsbahn noch nicht hergestellt ist, wurde er in einer Equipage des Fürsten Lichnowski auf den nächsten Bahnhof der Wilhelmsbahn bei Annaberg befördert. In Annaberg hatten sich vorher schon die Direktions-Mitglieder der Wilhelmsbahn, so wie der Landrath des Ratiborer Kreises zur Begrüßung des hohen Reisenden versammelt. Auch in Ratibor harrte eine überaus zahlreiche Menge des Ankommenden. Tausendstimmiges Hoch ertönte, als sich der Zug näherte, und wollte nicht enden, als der Erzherzog den Waggon verließ, um die längs des ganzen Perrons aufgestellte Nationalgarde in Augenschein zu nehmen. Auf der Station Kosel wurde der Reisende von einem Kommissarius der Oberschlesischen Eisenbahn-Direktion, dem Kommandanten der Festung und von dem Bürgermeister von Kosel empfangen. Auf die begrüßenden Worte erwiderte der Erzherzog in seiner bekannten leutseligen und herzwinnenden Weise. In Oppeln angekommen, wohin ihn der Kommandant und der Bürgermeister von Kosel begleitet hatten, wurde derselbe von dem gesammten Regierungs-Kollegium mit dem Präsidenten Grafen v. Pückler an der Spitze, von dem Bürgermeister und von der Bürgerwehr willkommen geheißen. Von Oppeln schloß sich Hr. Graf v. Pückler als Begleiter an und fuhr mit Sr. Kaiserl. Hoheit in demselben Coupee. In Löwen auf dem Bahnhofe war ebenfalls die Bürgerwehr, der Bürgermeister und die Geistlichkeit, so wie ein großer Theil der dortigen Einwohner zum feierlichen Empfange versammelt. Sr. K. Hoh. verließ jedoch nicht den Waggon, nahm aber von dem Kammerherrn Baron v. Ziegler auf Dambrau ein Glas Champagner an und trank davon, indem er sich zu dem Präsidenten Grafen v. Pückler mit den Worten wendete: „Dieses Glas trinke ich auf Ihren König!“ In Bries auf dem Bahnhofe hatten sich die Mitglieder des Ober-Bergamtes mit dem Berg-Hauptmann, Hrn. v. Dynhausen, so wie der Direktor des dortigen Land- und Stadtgerichtes, der Magistrat und die Bürgerwehr aufgestellt. Der Prinz wurde hier von unserem Hrn. Oberpräsidenten Pinder und mehreren Direktionsmitgliedern der Oberschl. Eisenbahn-Gesellschaft empfangen. Hier und in Ohlau bestrich die Prinz die ausgestellten Bürgerwehren. Als der Zug sich dem Breslauer Bahnhofe, auf dessen Empfangsgebäude die deutsche Flagge aufgezo-gen war, näherte, wurde seine Ankunft der Stadt durch Kanonenschläge verkündet. Zahllos war hier die Menge der Anwesenden. Auf dem Empfangs-Perron befand sich das Magistrats- und Stadtverordneten-Kollegium mit ihren Chefs an der Spitze, so wie ein Bataillon der Bürgerwehr. Der versammelte Magistrat und die Stadtverordneten im Amtracht sprachen den Gruß der Stadt Breslau durch den Mund des Herrn Bürgermeister Bartsch in folgenden Worten aus: „Mit Jubel und inniger Verehrung begrüßt auch Breslau, diese starke Grenz-Vorhut freier deutscher Bildung und Gesinnung, in Eurer Kaiserl. Hoheit die Krone deutscher Nation, nachdem Höchstdieselben dem Rufe des Vaterlandes, an seine Spitze zu treten, gefolgt sind. Es befehlt uns der heiße Wunsch, daß es Eurer Kaiserl. Hoheit, begleitet und getragen von der Liebe und dem Vertrauen aller biedern, uneigennütigen Vaterlandsgenossen, und deren Zahl ist Gott sei Dank überwiegend, unter des Himmels Beistande gelingen möge, die beglückende Verheißung eines freien, einigen und mächtigen Deutschlands zu verwirklichen.“ Erzherzog Johann erwiderte aus dem geöffneten Waggon ungefähr Folgendes: „Er habe es gewagt, eine große Aufgabe zu übernehmen; er werde derselben als redlicher Mann seine ganze Kraft weihen und dürfe dabei auf den Beistand aller wahren Vaterlandsfreunde vertrauen.“ Ohne weiteren Aufenthalt wurde Sr. Hoheit auf der Verbindungsbahn nach dem Niederschlesisch-Märkischen Bahnhofe befördert und hier verweilten die Reisenden längere Zeit, nahmen ein ihnen angebotenes Diner an und unterhielten sich mit der versammelten Generalität, den Chefs der Civilbehörden und den Hauptleuten der Bürgerwehr, die den Reichsverweser in Paradeaufstellung mit klingendem Spiel empfangen hatte. Einen trefflichen Eindruck hinterließen auch die Frankfurter Deputirten, die den Erzherzog begleiteten. Um 5½ Uhr ging die Reise weiter, zunächst nach Görlitz. Das Gefolge des Prinzen war sehr klein, er führte nur drei Equipagen mit sich. (Schles. Ztg.)

Köln, den 8. Juli. (Köln. Bzg.) Lange Zeit war vor den großen politischen Ereignissen das im künftigen Monate zu feiernde Dombau-Fest in den Hintergrund getreten; man hatte nicht den rechten Muth, die längst besprochenen großartigen Vorbereitungen zu verwirklichen, weil man Besorgnisse über die politischen Zustände Deutschlands hegte. Jetzt, nachdem durch die Wahl des Reichsverwesers eine frohere Aussicht in die Zukunft eröffnet ist, erscheint die bevorstehende Säcular-Feier des Kölner Domes als die nächste Veranlassung für die Deutsche Nation, den errungenen Fortschritt durch ein Freuden-Fest zu bezeichnen. Der Dombau-Verein ist gegenwärtig beschäftigt, die längst besprochenen Anstalten ins Werk zu setzen und dem Feste einen möglichst großartigen Charakter zu geben. Ohne dem durch den Vorstand des Vereines zu veröffentlichenden Programme vorzugreifen, kann schon so viel aus der zuverlässigsten Quelle mitgetheilt werden, daß an drei Tagen, 14. 15. und 16. August, die 600jährige Jubel-Feier der Grundsteinlegung, die Consekration der in der neuesten Zeit vollendeten Theile des Domes und die große Haupt-Versammlung der Vereins-Genossen Statt finden werden. Man giebt sich der Hoffnung hin, die Festlichkeiten durch die Gegenwart des Reichsverwesers, Höchstwelcher bei der Grundsteinlegung im Jahre 1842 die jetzt erfüllten prophetischen Worte sprach, unseres königlichen Protectors und der hohen Reichs-Versammlung von Frankfurt verherrlicht zu sehen, und es läßt sich von der Kölner Bürgerschaft erwarten, daß sie mit dem Dombau-Vereine Alles anbietet werde, um diese drei Tage des kommenden August den schönsten in ihren Annalen anzureihen. Die in den nächsten Tagen abgehende, die Festlichkeiten betreffende Adresse an Papst Pius IX., an deren künstlerischer Ausstattung die Herren Rambour und Levy Elkan während sechs Monate gearbeitet haben, und die in diesem Augenblicke mit zahlreichen Unterschriften bedeckt wird, ist wahrhaft ein Prachtwerk zu nennen und wird in Rom der Stadt Köln und dem ganzen Dombau-Vereine Ehre machen.

Rendsburg, den 4. Juli. Die Schles.-Holst. Ztg. enthält eine längere Schilderung des Benehmens der Dänen während der letzten Okkupation

von Hadersleben, in der besonders der von ihnen verübte Menschenraub hervorgehoben wird. Die leifeste mißbilligende Aeußerung über das Benehmen der Dänen, ein Zweifel an der Gerechtigkeit der Dänischen Sache, durch neidische Nachbarn oder rachsüchtige Diensthöten denunzirt, genügte zur Verhaftung und Abführung, die Angst vor dem Feinde ließ in Jedem einen Spion sehen; eine Menge Deutsch und Dänisch Gesinnter wurde auf diese Weise verhaftet und nach Christiansfeld geführt und gewöhnlich nach 5—8 Tagen vergeblicher Verhöre losgelassen.

Altona, den 8. Juli. Die gestern angekommenen Reservisten vom Kaiser Franz- und Kaiser Alexander-Regiment, so wie vom Neuschatteler Schützen-Bataillon, 800 Mann stark, sind heute mit dem Morgenzuge nach Rendsburg abgegangen.

— Mit dem um 10½ Uhr angekommenen Zuge ist der Herzog von Angulenburg mit seinem älteren Sohne von Rendsburg, wo er bei gestrigen, für den Regierungs-Entwurf in der Hauptsache günstig ausgefallenen Schlußberathung der Stände über das Wahlgesetz beigewohnt, eingetroffen.

Mainz, den 4. Juli. Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß General Roth von Schreckenstein befohlen: „sämmliche Regimenter der Bundesfestung Mainz verbleiben in ihrer Garnison.“ Dieser Befehl des Preuß. Kriegsministers hat den Herren von der rothen Fahne nicht gefallen; denn sie haben sofort nach dem Bekanntwerden dieser Ordre die rothe Fahne auf dem Turnplatze als Demonstration aufgezo-gen. Der Vice-Gouverneur, General-Lieutenant von Hüser hat jedoch, damit die Herren Turner nicht aus der Übung im Klettern kommen, dafür Sorge getragen, daß die Fahne sofort wieder herunter geholt wurde. (Elbf. Z.)

Frankfurt, den 6. Juli. Die radikal-demokratische Partei der National-Versammlung hat heute ein Manifest an das Volk erlassen, worin sie sich neuerdings gegen das Gesetz über die Central-Gewalt und insbesondere über die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers ausspricht.

Frankfurt, den 8. Juli. In einem Schreiben des Präsidenten v. Gagern an die Bundes-Versammlung ist der monatliche Geldbedarf der National-Versammlung (außer den von den einzelnen Staaten zu tragenden Tagelohnern der Abgeordneten) auf 17—18,000 Fl. berechnet und zugleich bemerkt worden, daß die bisher gewährten 50,000 Fl. den Bedarf bis zum 31. Juli d. J. decken werden. Die Bundes-Versammlung beschloß darauf in ihrer 69. Sitzung vom 5. Juli eine anderweite Matrikular-Umlage von 60,000 Fl.

— Die Barrikaden, welche die Sachsenhäuser auf der Mainbrücke und in Sachsenhausen selbst gestern Abend errichteten, wurden von ihnen heute Morgen nach 6 Uhr entfernt und zwar deshalb, weil diesseits die Brücke gesperrt blieb und niemand herübergelassen werden sollte, bis die Barrikaden entfernt seien. Nun ist aber heute hier Markttag gewesen, die meisten Sachsenhäuser sind Gärtner und wollen ihr Gemüse verkaufen. Sie entschlossen sich also die Barrikaden zu entfernen und damit scheint vorerst die Sache abgemacht zu sein, denn es wurde von der Behörde keine Verhaftung vorgenommen. — Thatsachen sind nun außerdem, daß die gestern Nachmittag nach Sachsenhausen gesendeten 150 Mann Linie, sich aus der Stadt ziehen mußten, nachdem sie einen Todten und mehrere Verwundete gehabt, auch ein Biset von 12 Mann, im deutschen Hause abgeschnitten zurückließen; daß diese 12 Mann der Wuth der Sachsenhäuser zum Opfer gefallen wären, hätten sie dieselben nicht erst heute Morgen aufgefunden, wo die Aufregung nachgelassen hatte, und Thatsache ist es ferner, daß Sachsenhausen bis heute Morgen in der Gewalt der Aufständischen war. Erwähnen muß ich nun noch, daß der Skandal dadurch losging, daß acht Gensd'armen Individuen verhaftet wollten, die in der Nacht vorher das Haus eines Bäckers beschädigten, mißhandelt und davon gesagt wurden, wie auch ein nachher nach Sachsenhausen gesendetes schwaches Detachement von Stadtwehr und Linie. (Voss. Ztg.)

— Heinrich v. Gagern soll unumwunden erklärt haben, man möge bei jeder Combination für das Reichsministerium von seiner Person absehen; wie man sagt, weil er der Ansicht ist, daß auch nach der Constituirung der Centralgewalt der Schwerpunkt der politischen Entwicklung in der National-Versammlung gesucht werden müsse, mithin auch in deren Präsidium der bewährte Ausdruck ihrer Majorität.

Am 3. ist hier eine mit fast 10,000 Unterschriften versehene Mißtrauens-Adresse aus Leipzig gegen den Abgeordneten dieser Stadt, N. Blum, angekommen, in welcher die jetzt immer unverdeckter hervortretenden Absichten dieses Mannes die vollste Mißbilligung finden. Wie man sagt, werden ähnliche, für die Empfänger gerade nicht sehr erfreuliche Zuschriften noch an mehrere andere sächsische Abgeordnete in kurzer Zeit hier eintreffen. (Hamb. B.-Z.)

Hamburg, den 7. Juli. Daß in Malmoe die Friedenspräliminarien und die Bedingungen des Waffenstillstandes unterzeichnet sind, ist gewiß; allein eben so gewiß ist, daß bis zum 4. Juli dieselben noch nicht in Kopenhagen unterzeichnet waren und man dort erst abwarten will, wie das Ministerium Auerswald die vom Ministerium Camphausen eingeleiteten Friedensunterhandlungen ansieht, und ob man in Berlin ratificirt. Daß man in Berlin nicht ratificire oder daß Wrangel die Jütische Grenze überschreite, ist die einzige und letzte Hoffnung der Kriegspartei und der Minister, die mit dem Friedensschlusse stürzen müssen. Wie sehr sie darauf rechnen, daß Wrangel über die Jütische Grenze gehe, daß damit die Schweden genöthigt würden, ihr Wort zu halten, so erst Schweden und Norwegen und dann Rußland in den Krieg verwickelt würden, geht aus dem in Kopenhagen am 4. Juli eingetroffenen letzten offiziellen Rapporte des Generals v. Hedemann hervor, in welchem er sagt: So wie der Feind über

U s l a n d.

F r a n k r e i c h.

die Grenze geht, haben meine Truppen Befehl sich zu schlagen, „besonders schon weil dadurch das Ueberschreiten der Grenze constatirt würde.“ Die folgenden 7 Paragraphen sollen den Malmoer Stipulationen des Waffenstillstandes zu Grunde liegen: 1) Beide Theile räumen Schleswig. (Nach andern Angaben soll ganz Schleswig-Holstein von Dänen und Bundesstruppen geräumt werden, in Schleswig nur Schleswiger, in Holstein Holsteiner mit Ausnahme einer Dänischen Besatzung auf Alsen, wogegen eine Preussische Besatzung in Altona bleibe. Beide Parteien haben dort Hospitäler.) 2) Freigebung der auf beiden Seiten gemachten Gefangenen. 3) Abzug der Schweden von Fühnen; Entlassung der Freicorps. 4) Amnestie. 5) Freigebung der von Dänemark genommenen Schiffe und Erfas der von Preußen in Jütland gemachten Requisitionen. Aufhören der Blockade. 6) Die gegenwärtige provisorische Regierung tritt in 14 Tagen ab, und eine von den beiden kriegsführenden Parteien gleichmäßig gebildete neue provisorische Regierung mit einem (von England oder von den beiderseitig Ernannten erwählten) Präsidenten tritt an ihre Stelle. 7) Der König-Herzog Friedrich VII. hat die Wahl, Schleswigs nördlichen Theil Dänemark zu incorporiren, dagegen die Aufnahme des andern in Holstein und den Deutschen Bund zuzugeben, oder Schleswig bleibt ungetheilt allein mit Holstein durch gemeinschaftliche Stände u. s. w. vereint; die Personalunion im Mannstamme bleibt erhalten. Die dieser Tage in Kopenhagen erfolgte Freigebung genommener Lübecker Schiffe bleibt eine auffallende Thatsache, denn der angeführte Grund, diese Schiffe seien vor Beginn der Feindseligkeiten genommen, ist nicht stichhaltig und gleichzeitig (3. und 4. Mai) genommene Hamburger Schiffe sind nicht freigegeben.

Agram, den 1. Juli. (Oesterr. Jtg.) Der Ban Freiherr Zelachich hat nachstehendes Handbillet von Sr. Kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Johann erhalten: „Lieber Freiherr von Zelachich! Von Sr. Majestät wurde Ich in Folge des von Sr. Kaiserl. Hoheit dem Herrn Ungarischen Reichs-Palatin und dem Ungarischen Ministerium gestellten Ansuchens mit den aus beiliegender Abschrift ersichtlichen Auftrage betheilt, die Vermittelung zur gütlichen Beilegung der Zerwürfnisse zwischen Ungarn und seinen Kroatisch-Slavonischen Nebenländern zu übernehmen, zu welchem Ende ich aufgefordert wurde, die gegenseitigen Wünsche zu vernehmen, um hiernach die wechselseitige Verständigung zu bewerkstelligen. Die möglichste Beschleunigung in der Vollziehung des mir anvertrauten Vermittler-Amtes ist am meisten geeignet, den günstigen Erfolg zu verbürgen, deshalb finde Ich es unerlässlich, daß Sie als Ban von Croatien eben so schnell dem Rufe, in Wien zu erscheinen, folgen, als ich dies zu thun dem Ungarischen Ministerium eröffnen ließ, welches meiner Erwartung durch baldige Absendung von Repräsentanten aus seiner Mitte entsprechen wird. Sobald dieselben in Wien eintreffen oder ihre Ankunft genau melden werden, soll auch Ihrerseits keine Zögerung stattfinden, und werden Sie sich hierzu in der Art vorbereiten, daß Sie unverweilt an den Verhandlungen in Wien persönlich Theil nehmen können, welche sich auf die Art und Bedingungen der gegenseitigen Verständigung zu beziehen haben. Als eine unabwiesbare Bedingung der dauerhaften Verständigung habe ich aber für nöthig erachtet, jetzt schon die gänzliche Einstellung der Feindseligkeiten und aller hierzu aufreizenden Rüstungen während der Zeit der Unterhandlung beiden Theilen vorzuzeichnen, daher ich das Vertrauen hege, daß von Ihnen, so wie von Seiten Ungarns, darauf eingewirkt werde, daß jeder Zusammenstoß sorgfältig vermieden werden wird. Wien, den 27. Juni 1848. — Erzherzog Johann.“

Nach der Wiederkehr unseres Banus ist am 29. Juni die erste Sitzung des Landtags abgehalten worden. Er wurde mit nicht enden wollenden Zivio's empfangen.

D o n a u f ü r s t e n t h ü m e r.

Aus Bukarest, den 26. Juni, wird der Ober-Zeitung berichtet: Wir haben hier eine glücklicherweise unblutige Revolution gehabt und besitzen nun ebenfalls eine constitutionelle Verfassung. Am 23ten wurden auf den Fürsten Bibesko während einer Spazierfahrt mehrere Schüsse aus einem Wagen gefeuert, wovon einer durch die Spaulette der linken Schulter drang. Die Nacht über wurden in Folge dessen über 100 Personen verhaftet; der Fürst begab sich am folgenden Tage in die Kaserne und befragte Offiziere und Mannschaft, ob sie ihrem Eide für das bestehende Reglement getreu seiner Fahne folgen wollten. Die Antwort lautete: wenn er die neue Konstitution beschwören würde. Zu gleicher Zeit kamen Nachrichten aus der kleinen Wallachei, daß 15,000 Mann Landvolk gegen Bukarest in Anmarsch wären, und eine provisorische Regierung in Kraiewa eingesetzt worden sei. Der Russische General Duhamel verließ in Folge dessen unsere Stadt. Am Abende desselben Tages versammelte sich das Volk im Fürstehofe und forderte die Konstitution. Mehrere Bojaren, darunter Nikowin und Golestu, traten mit dieser Anforderung vor den Fürsten, und er unterschrieb ohne Weiteres ihre 22 Artikel. Darauf wurde die Volkshahne mit den Farben weiß, blau, roth und gelb, und der Aufschrift: „Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft“ aufgesteckt. Bis auf das Einschlagen von Fensterscheiben, namentlich bei den Ministern des Innern und der Polizei, geschahen die Nacht über keine Excesse. Am Tage darauf (24.) hatten sich Tausende von jungen Leuten, darunter Armenier und Juden, zur Nationalgarde gebildet. Am 25. berief Bibesko das neu ernannte Ministerium, sammt den Metropolit, reichte ihnen schriftlich seine Abdankung ein und erhielt Pässe nach Kronstadt und Siebenbürgen. Die jetzige Regierung führt den Titel, „Moldauisches Gubernium“ und ihr Vorsitzender ist der Metropolit. Der Russische Consul v. Kozebue hat das Staatssekretariat in Kenntniß gesetzt, daß die bestehenden Traktate verletzt worden seien, und hat seine Rückreise bereits angetreten. Die Einziehung der Griechischen Klöster, Gleichstellung der Juden u. s. ist angeordnet. Die Regierung des Landes soll nach den uralten Fundamentalgesetzen unabhängig bleiben und keiner auswärtigen Macht eine Einmischung zustehen. Alle Adels- und sonstige Titel, außer im Amte, sind abgeschafft.

Paris, den 6. Juli. Eine schreckliche Episode aus der Geschichte der jüngsten Insurrektion ist der Tod des Generals Bréa und seines Adjutanten. An der Barriere von Fontainebleau, die um jeden Preis genommen werden mußte, ließ sich der muthige und arglose Soldat durch die verrätherischen Beiführungen von 4 Insurgenten, „daß sie der Republik ergeben seien und der Kampf nur ein blutiger Irrthum“, zum Eintritt durch die kleine Seitenthür der Barricade verlocken, um dahinter, nach ihrer Einladung, die Kameraden anzureden. Major Dupont und Capitain Maugin folgten, Oberst Thomas und Deputirter de Ludre blieben zurück. Kaum waren die Offiziere durch die Thür getreten, als diese sich hinter ihnen schloß, und mehr als 1000 Insurgenten auf den Barricaden erschienen und das Leben des Obersten Thomas und des Herrn de Ludre, die am Fuße der Barricade ihrer Wuth ohne Vertheidigungsmittel ausgesetzt waren, bedrohten. Von allen Seiten riefen die Rebellen ihnen zu: Wenn eure Colonne nicht auf der Stelle die Waffen streckt, so schießen wir den General und euch nieder! Die Antwort konnte nicht zweifelhaft sein. An eine Rettung der Gefangenen auf Kosten der Waffenehre war nicht zu denken. Die Barricade mußte genommen werden, lautete der Befehl. Die Linientruppen umgingen mit Hilfe einer Oeffnung in der Ringmauer die Insurgenten. Diese wurden ohne Barmherzigkeit niedergeschossen und die Barricade war genommen. Die Truppen forschten auf der Stelle nach ihrem General und seinen Begleitern. In einem Detrowthaus fanden sie zwei Leichname. Einer derselben war kennlich, der des General Bréa, der andere aber, der des Capitains de Maugin, auf das schauerhafteste verstümmelt. Ihren Tod hatten sie auf folgende Weise gefunden. Kaum waren sie in der Gewalt der Insurgenten, als der General Bréa und die Offiziere in das Wathaus geführt wurden. In der Verwirrung gelang es dem Bataillonskommandeur der Nationalgarde und dem Infanteriemajor sich zu verstecken, letzterer unter ein Bett. Der General und der Capitain wurden zunächst auf das unwürdigste mißhandelt, und nachdem der Oberst Thomas mit der Colonne vorrückte, machte man Anstalt sie zu erschießen. Eine Frau warf sich zwischen den General und die Mörder, um ihn zu retten; aber sie wurde auf die Seite geschleudert. In demselben Augenblicke erhielt der General eine Kugel in den Unterleib, die ihn auf der Stelle tödtete. Zugleich schoß ein anderer Insurgent sein Gewehr auf den Capitain de Maugin ab. Die Kugel verletzte den Kopf; während der unglückliche Offizier sich das Gesicht mit den Händen bedeckte, schlug ihn ein Insurgent von hinten mit dem Beile nieder. Man schnitt ihm die Nase und die Ohren ab und verstümmelte ihn der Art, daß es gar nicht möglich war, eine menschliche Form zu erkennen. Während dieses geschah, zog ein Blousenmann den Infanterieoffizier unter dem Bette hervor, gab ihm einen Kittel und zeigte ihm den Weg und die Mittel, sich zu retten. Es ist ihm gelungen und ihm verdankt man die Details über das traurige Ende des General Bréa und seines Adjutanten. Was den Bataillonskommandeur der Nationalgarde betrifft, so weiß man bis heute noch nicht, was aus ihm geworden ist. (D. A. Z.)

— Der Garten des Luxembourg und der Pflanzengarten sehen jetzt dem Publikum wieder offen. Von der Verwüstung des letztern durch die Insurgenten hatte man die romanhaftesten und schauerlichsten Dinge erzählt, wie Löwen- und Tigerjagden, Hinabwerfen von Soldaten der mobilen Garde in die Bärengruben und die glückliche Rettung derselben durch ihre kaltblütige Entschlossenheit und gutes Glück u. s.; es hat sich aber dies Alles als Fabel ausgewiesen, und bis auf einige geschossene und sofort gebratene Papageien ist Alles unverfehrt geblieben.

— Mittelft Beschlusses des Chefs der vollziehenden Gewalt vom 5. d. ist der Contre-Admiral Trehouart zum Unter-Befehlshaber des Geschwaders im Mittelmeer unter dem Oberbefehl des Vice-Admirals Baudin ernannt.

Herr Jean Reynaud, ehemaliger Unter-Staatssekretair, hat dem Minister des öffentlichen Unterrichts auch seine Entlassung als Präsident der Ober-Studien-Kommission und dem Minister der öffentlichen Arbeiten seine Entlassung als Präsident der Bergwerks-Kommission eingereicht.

— Die Umstände sind den Staatsansichten Thiers' zu günstig, als daß er nicht beide Hände nach dem Staatsruder ausstrecken sollte. Wer kann ihm Unrecht geben, wenn man bedenkt, daß er die bisher theilweise noch stillschweigende Sympathie der Majorität für sich hat? Die Republikaner haben ihre Unfähigkeit bewiesen, sagt die gesammte Französische Bürgerschaft, wir hätten uns ihre Regierung gefallen lassen, wenn sie im Stande gewesen wären, eine zu führen. Wir müssen uns jetzt nach Männern umsehen, die, geübt im Staatsdienste, Frankreich, wenn auch mit einem einseitigen Systeme, vor der Anarchie zu schützen wissen. Im Augenblicke knüpft sich die Hoffnung noch an Cavaignac, aber er hat bisher noch keine Proben administrativer Befähigung gegeben, und sobald das Gegentheil zum Vorschein kommt, sobald binnen kurzem der Credit und die Finanzen, um die es sich hier vor Allem handelt, nicht hergestellt sind, wird Frankreich sein Heil in Thiers suchen. Hr. Thiers würde diesmal die Regierung gewissermaßen als Erbrecht übernehmen, denn sie ist ihm, während er sie in den Februar Tagen ein paar Stunden lang formell in Händen hatte, durch eine Bewegung entrisen worden, welche die Majorität der Nation seither beständig defavouirt hat. Die bisher sogenannten gemäßigten Republikaner sind jetzt in eiserne Ultras ausgeartet, und von allen Journalen, die den Geist der Revolution als einen factiösen behandeln, ist der Constitutionell das müthendste. Das Curioseste, was er heute bringt, ist ein Artikel über die Mit-

tel, Straßenkämpfe zu hintertreiben. Es ist aber immer wieder das beschränkte äußerliche Autoritätssystem, dem auch die Festungswerke von Paris zu verdanken sind, statt des innern und bildenden, das den Aufruhr, statt ihn nur mechanisch zu unterdrücken, organisch unmöglich macht. Der Constitutionell schlägt auch vor, die Barrikaden von den Dächern der Häuser aus anzugreifen, weil dies die Soldaten schonen müßte. Wie aber auf die Dächer verbarrikadirt und von Insurgenten besetzter Häuser kommen? Wo es anging, ist diese strategische Weisheit übrigens bei dem letzten Kampfe von den Truppen angewendet worden, und die Einnahme des Pantheons geschah ganz besonders durch die aus der gegenüberliegenden Rechtsschule feuernden Mobilgardisten. Uebrigens wird das republikanische Princip durch die neue Organisation der Nationalgarde den Todesstoß erhalten, denn sobald der Staat die Bürger nicht mehr an der allgemeinen Volksbewaffnung Theil nehmen läßt, ohne sie darum eines Vergehens überweisen oder bestrafen zu können, stehen diese Bürger nicht mehr innerhalb der demokratischen Rechte. Wie man unter Ludwig Philipp ein „pays légal“ und „illégal“ hatte, so hatte man jetzt „bons et mauvais citoyens“, und mit einer solchen Unterscheidung ist eine Demokratie unmöglich. Da General Cavaignac bedeutende Reduktionen im Budget verspricht und die wohlfeile Regierung, bon marché die Hauptsache ist, so hat er allerdings Ausichten zur Präsidentschaft der Republik. Wenn Hr. Thiers nicht zu stolz ist, nimmt er alsdann vielleicht das Ministerpräsidium an, und dann könnte Frankreich wieder seine Eroberungsrolle aufs neue beginnen. Seine auswärtige Politik seit der Februarrevolution war dieser Rolle zuwider, weil man mit der socialen Tendenz derselben nur den Frieden vereinbar glaubte. Da man diese sociale Tendenz jetzt aber läugnet oder mindestens zurückdrängt, so ist auch keine Ursache mehr vorhanden, der allgemeinen Beklemmung des Landes in einem tüchtigen Waffentanze Lust zu machen. (D. A. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, den 6. Juli. Die „Times“ kann nicht umhin, die Wahl des Erzherzogs Johann zum Deutschen Reichsverweser als eine glückliche Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten zu bezeichnen. Indes hebt sie die vielen Hindernisse hervor, auf welche das Deutsche Reichsoberhaupt stoßen wird. Sie zweifelt, ob Preußen, Hannover und die übrigen Staaten einem Oesterreichischen Erzherzoge den Oberbefehl über ihre Truppen, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, kurz, alle jene Rechte überlassen werden, ohne welche die Deutsche Einheit ein Spottname sein würde. „Unterdessen“, fährt sie fort, „ist das Preussische Cabinet neu gebildet, obgleich nicht auf eine Weise, welche viel Vertrauen zu seiner Dauer einflößt. Eins der peinlichsten Zeichen der Zeit ist die Niederlage und Verdrängung solcher Männer, wie Camphausen, welche die Hoffnungen auf eine liberale Regierung, der sie allen ihren Patriotismus und ihre ganze Kraft widmeten, nicht zu erfüllen vermochten. In solchen Zeiten behauptet jedes Cabinet seine augenblickliche Macht auf einige Wochen, und überliefert sie dann in noch schwächere Hände. Wenn Baron Arnim und Camphausen nichts austrichteten, so muß man entschuldigen, daß wir auf ihre Nachfolger kein Vertrauen setzen, und Hansemann scheint sein Amt bloß durch eine größere Nachgiebigkeit in Bezug auf seine Amtsgenossen behauptet zu haben. Einer dieser neuen Minister, Hr. von Auerwald, soll seine Laufbahn durch eine so sonderbare Aeußerung begangen haben, daß wir darüber eine Bemerkung machen müssen. Er ward kategorisch gefragt, was es mit der berühmten Russischen Note vom 8. Mai auf sich habe, durch welche der Kaiser Nikolaus erklärte, daß er mit der größten Unzufriedenheit und mit Mißtrauen den Angriff des Deutschen Bundes auf die Staaten des Königs von Dänemark sehe, und daß er die Befestigung Jütlands als Ursache zu einem Bruche mit Preußen betrachten müsse. Hr. von Auerwald soll das Dasein einer solchen Note abgeläugnet und zu einer Zweideutigkeit in den Ausdrücken der Frage seine Zuflucht genommen haben (to have resorted to some equivocation upon the terms of the question). Das Dasein der Note ist gewiß und bekannt. Wir haben sie selbst vor einigen Wochen gelesen, ehe wir auf ihr Dasein anspielten, und wir versichern, daß sie den angeführten Casas belli in den einfachsten Ausdrücken enthält, und daß Hr. von Meyendorff, an den sie gerichtet ist, angewiesen war, eine Abschrift derselben dem Cabinette von Berlin einzuhändigen.“

Der Preussische Gesandte hat folgenden Brief an den Herausgeber der „Times“ gerichtet:

Indem ich mich auf Ihre bekannte Unparteilichkeit verlasse, nehme ich mir die Freiheit, einen Brief einzuschließen, der sich auf einen Artikel über Dänemark und Deutschland in Ihrer heutigen Zeitung bezieht. Ich hoffe, daß Sie Deutschland nicht das Recht verweigern werden, sich gegen die Beschuldigung, abgeneigt gegen den Frieden zu sein, in demselben Blatte zu rechtfertigen, welches diese Beschuldigung dem Englischen Publikum und Europa mitgetheilt hat. Ich habe die Ehre u. s. w.

Bunsen.

Diese Einlage ist unterschrieben: Vindex Germanicus, läßt aber durch ihre Sachkenntniß und durch ihre meisterhafte Klarheit und Feinheit keinen Zweifel über den Verfasser übrig. Das Thatsächliche darin besteht in Folgendem: Die Englische Regierung bot ihre Vermittelung an; diese ward angenommen. Beide Parteien reichten, wie von ihnen begehrt war, am 18. Mai bei Lord Palmerston ihre Angaben ein. Am folgenden Tage, dem 19., sprach Lord Palmerston seine Meinung über eine billige Ausgleichung aus und machte entsprechende Vorschläge. Diese Vorschläge der Englischen Regierung wurden von der Preussischen Regierung ohne Verzug angenommen; von Dänemark dagegen wurden sie nach langem Zaudern verworfen. Noch mehr: Als die Preußen Jütland geräumt hatten und die Dänen glaubten, sich auf Schwedische und vor Allem auf Russische Hilfe verlassen zu können, hatten sie den „Muth“, ihre eigenen Anträge vom 18. Mai wieder als

Grundlage der Englischen Vermittelung in Vorschlag zu bringen. Zugleich machten sie von der Insel Alsen aus jenen nutzlosen Einfall in Schleswig, der 500 Menschen das Leben kostete und damit endete, daß sie auf die Insel zurückgeworfen wurden. Während Dänemark so verfährt und 6000 Mann Schweden auf Fühnen stehen, hat Deutschland nichts gethan, als den zehnten Theil seiner Streitkräfte vollständig nach seiner bedrohten Grenze geschickt. Unterdeß hat England am 23. Juni einen neuen Vergleichsvorschlag gemacht, der den Status quo ante herzustellen verlangt. (Köln. Ztg.)

Die Königin gab gestern im Buckingham-Palaste einen großen Staatsball, zu dem über 1800 Einladungs-Karten ausgetheilt waren. Die Königin und ihre Mutter waren ganz in Britische Stoffe gekleidet. Die königlichen Gemächer waren mit den seltensten und schönsten Blumen und die Tafel mit den kostbarsten Geräthschaften geschmückt.

Spanien.

In Paris ist die Nachricht angelangt, daß Cabrera den Spanischen Boden wieder betreten und die Fahne Karl's VI aufgezogen hat. Ein Schreiben aus Oseja vom 25. Juni meldet: Cabrera rückte gestern Morgen in Begleitung eines Adjutanten mit zahlreichem Stabe in einer starken Kavalleriebedeckung über Plade Salinas in Spanien ein. Er erließ sofort als Generalkommandant, wie er sich nennt, eine pathetische Proklamation an die Anhänger des Prätendenten, worin er seine Absicht ausdrückt, den rechtmäßigen König, Karl Ludwig von Bourbon, durch den allein Spanien Heil und Unabhängigkeit zu erwarten habe, auf den Thron zu setzen. Cabrera war sichtbar ergriffen, als er sich wieder in seinem Heimatlande sah, dem er seit Maroto's Kapitulation den Rücken kehren mußte. Mit Thränen in den Augen wandte er sich zu seinen Waffengefährten, und als bald erscholl aus jedem Munde: „Lang lebe Spanien! Lang lebe der König!“ Sein Adjutant Gonzales erschien zuerst, und der von Boquica, welcher Cabrera's harrete, aufgestellte Posten rief: „Wer da?“ Cabrera trat vor und Boquica stürzte in seine Arme. Cabrera sagte sodann: „Vorwärts, meine Freunde, der Würfel ist gefallen; laßt uns unseren Feinden beweisen, daß für unser unglückliches Land nur in dem Königthume Karl's VI. Rettung liegt. Marschirt, der Sieg erwartet uns!“ Unter dem allgemeinen Rufe: „Lang lebe Cabrera! Lang lebe Karl VI.“ trat die Kolonne den Marsch an. (Köln. Ztg.)

Rußland.

Die Gazeta Rzadowa (amtliches Journal) des Königreichs Polen bringt einen Artikel aus Petersburg, der einem Anruf zur allgemeinen Erhebung für das Jarenthum so nahe kommt, daß wir nicht unterlassen können, denselben in wortgetreuer Uebersetzung den Lesern mitzutheilen. Der offizielle Artikel lautet folgendermaßen: Petersburg, 23. Juni. Während und belehrend sind die Nachrichten von den Dienststrüfungen der gegenwärtig einberufenen, auf unbestimmte Zeit beurlaubt gewesenen Soldaten. Während, in Rücksicht der allgemeinen Theilnahme der Städte, durch welche jene Soldaten gekommen sind; belehrend, in Betracht der von diesen beobachteten Pünktlichkeit und Ordnung. Nach dem „Allerhöchsten Willen“ sind gegen 150,000 Männer vom Pfluge zur Waffe gerufen worden. Von dieser bedeutenden Anzahl sind gegen 60,000 in die Reihen der aktiven Armee eingetreten; von den übrigen sind Reserveabtheilungen gebildet worden. Von dieser ganzen neugeschaffenen Armee hat sich vom Augenblicke ihres Einberufens nur Einer entfernt und ist keine strafwürdige Uebertretung begangen worden. Wie eine ruhige, friedliche und glückliche Familie leben die Millionen der Russischen Bevölkerung unter dem schirmenden Scepter des Landesvaters und stehen wie Ein Mann auf bei seinem Rufe: „Zu den Waffen!“ Man vergißt in diesem Augenblicke alles Andere; Familien- und Freundschaftsbande, Alles, Alles opfert man freudig auf dem vom Gefühle der Vaterlandsliebe glühenden Altar, und bezahlt die Schuld, welche jeden Bürger verpflichtet sich nur für ein Theilchen zu halten des großen, durch den Willen eines Einzigen regierten Ganzen! Ueberall, wo die Krieger zusammentraten, nahm man sie mit Freuden auf und mit dem Gefühle, angemessen der Russischen Gastfreundschaft und dem Verlangen, Dem zu gefallen, der Tag und Nacht auf der Wacht des ihm durch Gottes Gnaden anvertrauten Landes steht. Jedes wichtige Unternehmen der Russen pflegt nicht anders begonnen zu werden als mit einem Gebete um den besondern Segen des Himmels. Nach dieser Weise wurde auch unter den gegenwärtigen Umständen vor dem Ansrücken einer jeden Militairabtheilung aus Tula an einem bestimmten Plage Andacht und Besprengung mit heiligem Wasser vorgenommen. Die Altrossische Sitte, mit heiligen Bildern Diejenigen zu segnen, die sich zu einem guten Werke vorbereiten, fand diesmal in ihrer ganzen liebevollen und frommen Einfachheit statt. Nach einem solchen Gottesdienste überreichte die tulaer Kaufmannschaft dem Kommandeur der Reserve-division, Generalmajor Chatiancow, das Bild des Erlösers in einem silbergoldnen Gewande, als zum heiligen Schutze der christlichen Ritterschaft vor Unglück und Leiden. Nach einem heißen Gebete wurden Offiziere und Soldaten zu einem Frühstück eingeladen, angeordnet durch Marschälle des tulaer Adels. Alle beeiferten sich in der Bewirthung der sich auf den Weg Begebenden. Der Präsident von Tula reichte den Soldaten selber den Brantwein. Unter einstimmigem Rufe wurden die Schalen geleert auf das Wohl des „Allerburchlauchtigsten Herrn“ und auf den glücklichen Erfolg seiner Unternehmungen. „Gott mit uns!“ rief der Zar seinen treuen Unterthanen zu, „Gott mit uns!“ rief das ganze Rußland ihm nach. Und diese That befestigte das heilige Vertrauen zwischen dem Monarchen und seinem Volke. Diese That beweist, daß nicht zu Schanden werden,

